



# europa.ch

Das Magazin der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz **nebs** Nr. 2/2019



**WIR  
EUROPÄER INNEN**

EUROPÄE

# Y und Z

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,

Y und Z? Warum sollte sich die Nebs darum kümmern?

Y bezeichnet die Generation der Jugendlichen, die im Zeitraum zwischen 1980 und 1999 geboren wurden; Z sind die Jugendlichen geboren nach 2000. Die Statistik zeigt, dass junge Menschen heute in der Schweiz viel seltener wählen als frühere Generationen. Es ist verständlich, dass eine politische Debatte etwa über den Finanzausgleich bei Jugendlichen kaum Interesse auslöst. Hingegen werden die Jungen Z und Y eine ganz andere Haltung einnehmen, wenn es um ihre Zukunft und ihr freies Leben geht.

Der Weg zur Koexistenz und Mitsprache ist schwierig. Lokale wie nationale Egoismen lassen sich nur überwinden, wenn wir zu unseren gemeinsamen kulturellen und politischen Entscheidungen stehen – zugleich aber die Schwächsten und ihre tatsächlichen Probleme ernst nehmen. So kehren wir dem blossen Gesetz des Stärkeren den Rücken. Hierzu braucht es in der Europäischen Union einen Prozess der Erneuerung und Reform – jedoch nicht in einer destruktiven Form, die auf die Zerstörung der europäischen Integration abzielt. Wir wollen keine ExpertInnen im Umgang mit dem Ab-



© Nomos-Nebs

**Laura Sadis**

Vorstandsmitglied  
der Nebs Schweiz

bruchhammer, sondern überzeugte Bauherren und Bauherrinnen. Denn wenn es in Europa an Einheit und gemeinsamer Substanz fehlt, spielt dies vielen konkurrierenden Kräften auf der Welt in die Hände.

Aus diesem Grund könnten wir eines Tages positiv überrascht sein von einer neuen politischen Übereinstimmung zwischen den Generationen! Ich bin vom Erfolg überzeugt, wenn wir wieder ernsthaft über gemeinsame Leitlinien für die Zukunft diskutieren, ohne kurzfristige Wahlinteressen in den Vordergrund zu stellen.

Ältere Generationen müssen es schaffen, die Generationen Y und Z davon zu überzeugen, dass sie durch Taten und nicht nur durch Worte ihre Verantwortung übernehmen können. ★

Auch wenn es überraschen mag, wie schnell Greta Thunbergs Botschaft hunderttausende junger Zs auf der ganzen Welt mobilisiert hat, sollte es nicht erstaunen, dass diese jungen Menschen über die Umweltzerstörung empört sind. Die gleiche Überlegung gilt für die bevorstehende Abstimmung über die Personenfreizügigkeit, einem Grundprinzip der Europäischen Union. Es ist daher kein Zufall, dass die Nebs beschlossen hat, eine Mobilisierungskampagne mit dem Titel «Wir Europäer\*innen» zu starten, die sich direkt an die Generationen Y und Z richtet. Über unsere Beziehungen zu den europäischen Ländern zu sprechen bedeutet, über Modelle des Zusammenlebens und der Teilhabe zu reden. Dies betrifft nicht nur den wirtschaftlichen Austausch, sondern auch unser tägliches Leben, unsere Mobilität und unsere Möglichkeiten der persönlichen Entfaltung. Kurz, es geht um unsere Zukunft in all ihren Facetten.

## INHALT

### HINTERGRUND

- 3 Kommission von der Leyen
- 4 2020: Die Begrenzungsinitiative
- 5 Warum aktiv werden?

### INTERVIEW

- 6 Ulrike Guérot – Die Europäische Republik: eine politische Utopie?

### LITERATUR

- 9 Populisten und Bürokraten

### AKTIVITÄTEN DER NEBS

- 10 Brüssel inside
- 11 Wir Europäer\*innen!

### SEKTIONEN

- 12 Die Waadtländer Sektion, ein fruchtbarer Boden

### YES

- 13 Über Europa informieren, statt es totschweigen

### EURO-MYTHEN AUFGESPIESST

- 14 Dieser SVP-Historiker ist im Jahr 1957 kleben geblieben

### EU-SPOTS

- 15 Der Klimawandel macht mehr Sorgen
- 15 Die ersten 17 «Europäischen Hochschulen»
- 15 Geografie des Markenbetrugs

### SURFEN

- 15 Auf jede EU-Frage eine rasche kompetente Antwort
- 15 Hören Sie mal Maltesisch oder Estnisch sprechen!

# Kommission von der Leyen

Von **Isabelle Ory**, Journalistin und Korrespondentin in Brüssel

**Wie präsentiert sich die Europäische Kommission nach der «Kommission der letzten Chance»? Es ist an der Deutschen Ursula von der Leyen, für die Fortsetzung des Gemeinschafts-abenteuers die Verantwortung zu übernehmen.**

Die ehemalige Verteidigungsministerin von Angela Merkel wurde Anfang Juli von den Staats- und Regierungschefs buchstäblich aus dem Hut gezaubert. Nun bereitet sie sich darauf vor, in einem beispiellosen und unsicheren Umfeld die Nachfolge des Luxemburgers Jean-Claude Juncker anzutreten.

Beispiellos und völlig offen, denn erstmals seit den ersten allgemeinen Wahlen des Europäischen Parlaments im Jahr 1979 haben die beiden grossen Parteienfamilien Mitte-Links und Mitte-Rechts ihre absolute Mehrheit in Strassburg verloren. Mit den Europawahlen vom 26. Mai endete somit das Duopol, das das politische Leben der Union prägte. Die Europäische Volkspartei (EVP) hat jetzt nur noch 182 gewählte VertreterInnen (gegenüber 221 im Jahr 2014) und die Sozialdemokraten (S&D) 154 (gegenüber 191 im Jahr 2014). Das bedeutet: keine Absprachen mehr zwischen Freunden über die Aufteilung von Machtpositionen, vorbei die zweiseitigen Verhandlungen über Gesetzesvorlagen. Von nun an muss sich die Koalition zumindest auf die 108 zentristisch-liberalen Vertreter von Renew Europe erweitern, von Fall zu Fall sogar auf 74 Grüne oder 62 Euroskeptiker der reformistischen Konservativen.

Bereits im Sommer zeigten sich die ersten Auswirkungen dieses Paradigmenwechsels. Nur knapp hat Ursula von der Leyen am 16. Juli die absolute Mehrheit des Europäischen Parlaments hinter sich gebracht: Mit ganzen neun Stimmen Vorsprung hält sie den zweifelhaften Rekord des am schlechtesten gewählten Kommissionspräsidiums der EU-Geschichte. Bestärkt durch die hohe Wahlbeteiligung von 50,6%, schätzten es die ParlamentarierInnen wenig, dass der Europäische Rat – und insbesondere der französische Präsident Emmanuel Macron – seine Kandidatin

durchsetzte. Zumal sie ein System von Spitzenkandidaten mit Anspruch auf wichtige Positionen entwickelt hatten

Das politische Leben der Union dreht sich nun wohl längerfristig um diese zwei Spannungsachsen: zwischen den BürgervertreterInnen und den Staaten einerseits, zwischen den politischen Familien andererseits. Die Anhörungen der von den Mitgliedstaaten nominierten 26 künftigen KommissarInnen haben dies veranschaulicht. Noch nie zuvor glichen diese Hearings dermassen einem «Massaker»: Zwei KandidatInnen (der ungarische Konservative Laszlo Trocsanyi und die rumänische Sozialistin Rovana Plumb) schafften es noch nicht einmal bis zur Anhörung; sie wurden schon vorher wegen Interessenkonflikten eliminiert. Vor allem aber hat das Parlament die Französin Sylvie Goulard nach zwei langen Anhörungen dramatisch fallengelassen. Die renommierte Europaspezialistin scheiterte an den Affären ihrer Vergangenheit, bezahlte aber auch den Preis für die von den Parteien inszenierte Rache an Emmanuel Macron.

Ursula von der Leyen hat in ihrer Kandidaturrede im Juli ein ehrgeiziges Programm präsentiert, darunter die Vorlage eines Umweltpaktes in den ersten 100 Amtstagen und ein Neuanfang in Migrationsfragen, wo doch die Reform des Dublin-Systems seit vier Jahren stockt. Hat sie tatsächlich die Mittel, um ihre Politik umzusetzen? Zur Zeit der Niederschrift dieser Zeilen fehlen ihr noch immer drei von sechsundzwanzig Kommissionsmitgliedern. Ihr Amtsantritt muss hinausgeschoben werden. Kurz: Die neue EU-Kommission beginnt ihr fünfjähriges Mandat in beunruhigend schwacher Form. ★



© SFR Schweizer Radio und Fernsehen

## Isabelle Ory

Isabelle Ory ist die Stimme bzw. das Gesicht Brüssels für alle, die europäische Nachrichten im öffentlichen Westschweizer Fernsehen RTS, am französischen Radio Europe 1 oder auf Twitter verfolgen (wo ihr fast 10000 Menschen folgen).

Isabelle Ory wurde in Oxford/Grossbritannien geboren und studierte in Paris. Nach einem Aufenthalt in Berlin zwischen 2002 und 2005 als Korrespondentin für verschiedene Medien zog sie nach Brüssel, wo sie seit Sommer 2005 über aktuelle Ereignisse und Hintergründe zur Europäischen Union berichtet. Isabelle Ory informiert aus der belgischen Hauptstadt auch über die Benelux-Länder (Belgien, Luxemburg und die Niederlande).

Ihre Aussensicht, ihre Fähigkeit, Fachjargon und Komplexität der EU allgemein verständlich zu machen und ihr fundiertes Wissen über die «Brüsseler Blase» werden sehr geschätzt. Mit ihren Analysen und Beiträgen trägt sie zu einer sachlichen und konstruktiven Debatte über den Platz der Schweiz in Europa bei.

# 2020: Die Begrenzungsinitiative

Von **Charlotte Sieber-Gasser** und **Dominik Gerber**

**Was, wenn die sogenannte Begrenzungsinitiative der SVP (BGI) im kommenden Jahr angenommen würde? Gemäss Art. 197 Ziff. 12 (Übergangsbestimmungen) müsste das Abkommen über die Personenfreizügigkeit mit der EU (FZA) ausser Kraft gesetzt werden. Eine Einordnung.**

**CHARLOTTE SIEBER-GASSER** hat am World Trade Institute der Universität Bern im Wirtschaftsvölkerrecht doktoriert und ist heute als Oberassistentin/Habilitandin und Lehrbeauftragte an der Universität Luzern im Fachbereich Öffentliches Recht tätig und am Brexit Institute der Dublin City University als Post-Doc Research Fellow. Charlotte war zwischen 2003 und 2008 im Vorstand der young european swiss und lebt in Bern.

**DOMINIK GERBER** hat an der Universität Genf in Politikwissenschaften doktoriert und ist heute als Assistenzprofessor an der Stockholm School of Economics in Riga tätig. Seine Forschungsschwerpunkte sind Demokratietheorie und Politische Ökonomie. Dominik war zwischen 2003 und 2008 im Vorstand der young european swiss. Er lebt in Genf und Riga.



Art. 121b der Initiative (Zuwanderung ohne Personenfreizügigkeit) verlangt, dass die Schweiz die Zuwanderung nicht nur eigenständig «steuert» – wie dies Art. 121a BV bereits festschreibt –, sondern auch eigenständig «regelt» (Abs. 1). Es dürften keine völkerrechtlichen Verträge mehr abgeschlossen werden, welche eine Personenfreizügigkeit (PFZ) enthalten (Abs. 2) und bestehende Verträge dürften nicht mit einer PFZ ergänzt werden (Abs. 3).

Der Begriff «Personenfreizügigkeit» ist kein Fachbegriff. Somit ist der Kern des Initiativtexts – Zuwanderung ohne PFZ – bereits auslegungsbedürftig. Der Bundesrat legt den Begriff in seiner Botschaft zur BGI so aus, dass jedenfalls Verpflichtungen erfasst sind, die ausländischen Staatsangehörigen 1) eine Arbeitnehmerfreizügigkeit 2) ein Recht auf selbständige Erwerbstätigkeit oder 3) ein Aufenthaltsrecht bei Vorhandensein der dafür erforderlichen finanziellen Mittel, gewähren. Somit enthalten neben dem FZA auch die EFTA-Konvention und der Rahmenvertrag vom 3. Dez. 2008 mit Liechtenstein Bestimmungen über eine PFZ. Die Übergangsbestimmungen verlangen aber nur, dass das FZA innert 12 Monaten ausser Kraft ist oder ansonsten vom Bundesrat gekündigt wird. Welche Rechtsfolgen die Initiative für die EFTA-Konvention und die Beziehungen mit Liechtenstein hätte, bleibt unklar.

Die in Art. 197 Ziff. 12 der Initiative enthaltene Unterscheidung zwischen «ausser Kraft setzen» und «kündigen» ergibt nur mit Blick auf die Guillotine-Klausel einen Sinn: Wird das FZA nur ausser Kraft gesetzt und nicht gekündigt, käme – vermutlich – die Guillotine-Klausel nicht zur Anwendung. Mit guten Gründen erscheint dieses Szenario aber unrealistisch:

- Die Post-Brexit-EU dürfte sich davor hüten, EU-kritischen Regierungen Bereit-

schaft für die Aufweichung von Grundsatzprinzipien zu signalisieren.

- Auch der gegenwärtige Entwurf des institutionellen Rahmenabkommens sieht eine Guillotine-Klausel vor. Es ist der Schweiz also auch hier nicht gelungen, einen Verzicht auf den Automatismus der Klausel durchzusetzen.
- Die 12 Monate-Frist für Verhandlungen über alternative Arrangements im Gegenzug zum Verzicht auf die Anwendung der Guillotine-Klausel ist allzu knapp bemessen; sie kann auch nicht unilateral diktiert werden.
- Nichts deutet darauf hin, dass der EU-Appetit auf eine Auseinandersetzung mit den Besonderheiten der schweizerischen Innenpolitik gewachsen wäre, oder dass die EU plötzlich bereit wäre, vom in den Abkommen vorgegebenen Rechtsrahmen abzuweichen.

Folglich müsste eine Annahme der BGI zur Kündigung des FZA führen. Der Automatismus der Guillotine-Klausel sieht vor, dass sämtliche Abkommen der Bilateralen I sechs Monate nach Notifikation ausser Kraft treten. Es sind weder Ausnahmen noch eine Fristverlängerung vorgesehen. Entsprechend stünden der Schweiz und der EU sechs Monate zur Verfügung, um eine neue Form der Beziehungen auszuhandeln. Aus institutionellen Gründen wäre es aber in jedem Fall unvermeidlich, dass die Rechtsgrundlage für die Beziehungen Schweiz-EU in Sachen Land- und Luftverkehr, Landwirtschaft, Technische Handelshemmnisse, Beschaffungswesen und Forschung zumindest temporär vollständig wegfiel: Selbst wenn es gelänge, sich innerhalb eines halben Jahres auf neue Abkommen zu einigen, würden diese voraussichtlich dem fakultativen Referendum unterstehen, bevor sie in Kraft treten könnten. Die Herausforderungen, welche ein Austritt aus der PFZ für die Schweiz mit sich brächten, lassen sich folglich mit Blick auf den Brexit-Prozess leicht erahnen – wobei der Verhandlungsspielraum im EU-Austrittsverfahren sogar flexibler ausgestaltet ist als bei den Bilateralen Abkommen. ★

# Warum aktiv werden?

Von **Damian Boeselager**, Mitgründer von Volt und Mitglied des Europäischen Parlaments

**Damian Boeselager wurde im Mai 2019 für die paneuropäische Bewegung Volt ins Europaparlament gewählt, nachdem er diese vor drei Jahren mitgegründet hat. Hier erzählt er, wie es dazu kam.**

Im Herbst 2016 war ich weit davon entfernt, mich politisch zu engagieren. Natürlich habe ich europäische Politik verfolgt, aber ich hätte nie gedacht, dass ich selber mal aktiv werden würde. Es war eine spannende Zeit für viele von uns: Das Brexit-Referendum war gerade durch, Le Pens Wahlkampf nahm an Fahrt auf, Trump hatte gerade die Präsidentschaftswahl gewonnen und Renzi stolperte in Italien über missglückte Verfassungsreformen. Die politische Stimmung in Europa war aufgeladen. Andrea aus Italien, Colombe aus Frankreich und ich haben uns gefragt: Was passiert hier eigentlich gerade? Nach einigen Diskussionen wurde uns immer bewusster: Während die Herausforderungen immer grösser werden und über Landesgrenzen hinauswachsen, fehlt es an einer handlungsfähigen EU und an Parteien, die wirklich europäisch denken. Denn, wie wir mit Schrecken immer wieder feststellen mussten: Jeder Politiker, jede Politikerin in Europa versucht zu allererst, die eigenen nationalen Interessen und Stimmen zu sichern, bevor er/sie sich um die Stimmen und Interessen europäischer BürgerInnen kümmert. Wir fanden: Diese Dynamik muss sich ändern!

Also haben wir damit begonnen, ein neue, pro-europäische Bewegung zu gründen: Volt. Von Anfang an war es unsere Idee, mit einer neuen, pragmatischen und europäischen Partei einen Aufbruch anzustossen. Wir hatten und haben zum Ziel, neue Impulse für eine bessere und vor allem europäischere Politik zu setzen. Seitdem haben wir mit der Hilfe von unzähligen Freiwilligen in ganz Europa und darüber hinaus 15 nationale Parteien gegründet. Alle Parteien haben den gleichen Namen, das gleiche Grundsatzprogramm und die gleichen Werte. Nur so kann man konsistent in 30 Ländern – auch in der Schweiz – Politik machen.

Im Mai 2019 ist Volt in acht Ländern für die Europawahlen angetreten. Die viele Arbeit und die unzähligen Stunden unserer Freiwilligen haben dazu geführt, dass fast eine halbe Million Europäer Volt gewählt haben. Und damit haben wir einen Sitz im Europäischen Parlament gewonnen!

Für mich waren von Anfang an drei Dinge wichtig: Erstens, wir können Menschen motivieren, wieder politisch aktiv zu werden! Zweitens, wir können den politischen Diskurs wieder mehr in Richtung Europa treiben, und so klassische Parteien dazu zwingen, das aufzugreifen. Und drittens, wo immer wir sozial oder politisch aktiv werden, können wir selber unsere Gesellschaft verbessern.

Im Europäischen Parlament habe ich die Verantwortung, unsere Ideen umzusetzen. Dazu gehört, dass wir die EU reformieren, um endlich eine funktionierende parlamentarische Demokratie zu erreichen. Genauer heisst das, dass ich hier dafür kämpfen werde, dass ParlamentarierInnen Gesetze vorschlagen können, dass wir ein einheitliches europäisches Wahlrecht und ggf. transnationale Listen haben, und dass perspektivisch eine parlamentarische Mehrheit unsere europäische Regierung wählen kann.

Dies alles zu erreichen wird nicht einfach! Daher ist mein Aufruf an jeden von Euch: Bitte werde politisch aktiv, sei es bei Volt oder einer anderen Partei, und helfe uns die Politik zu verbessern! ★



© Damian Boeselager

## Damian Boeselager

Damian Boeselager ist Abgeordneter im europäischen Parlament. Damian hat in Bayreuth Philosophie und VWL studiert und einen Doppel-Master in öffentlicher Verwaltung (Master in Public Policy) in Berlin und New York abgeschlossen. Gemeinsam mit Andrea Venzon und Colombe Cahen-Salvador gründete er Volt – eine paneuropäische und progressive europaweite Bewegung mit dem Ziel, Europa zu reformieren und die Probleme unserer Zeit gemeinsam anzugehen.

Im europäischen Parlament hat Damian verschiedene zusammenhängende Ziele: eine funktionierende europäische und parlamentarische Demokratie; Rahmenbedingungen für eine wettbewerbsstarke und innovative europäische Wirtschaft; Möglichkeiten für legale Migration; ein faires und schnelles gemeinsames europäisches Asylsystem; sowie ein funktionierendes Europabudget, das für alle Mitgliedsstaaten agiert.

# Die Europäische Republik: eine politische Utopie?

Im Jahr 2016 machte Ulrike Guérot Furore mit einem Buch, das zur Gründung einer Europäischen Republik aufruft. Als Politikwissenschaftlerin, die sich auf europäische Themen, politische Theorie und die Zukunft der Demokratie spezialisiert hat, veröffentlicht sie regelmässig ihre Forschungsarbeiten und trägt so zur Debatte über die Zukunft Europas bei. Ihre manchmal utopischen, oft provokanten Gedanken helfen, die Perspektiven des Kontinents neu zudenken.



© Ulrike Guérot

## Ulrike Guérot

Nachdem sie an europäischen und amerikanischen Universitäten arbeitete, leitete Ulrike Guérot mehrere Forschungsinstitute und Think Tanks in Europa. Im Jahr 2014 gründete sie das European Democracy Lab, bevor sie 2016 die Leitung der Abteilung European Policy and Democracy Studies an der Donau-Universität in Krems (Österreich) übernahm.

Im Jahr 2016 erschien ihr erstes Buch «Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie». Es war ein Bestseller, das Werk wurde in ganz Europa übersetzt und veröffentlicht.

Heute ist Ulrike Guérot eine der gefragtesten Rednerinnen und Analytistinnen zu europäischen Themen.

**Sie haben Ihr Buch «Warum Europa eine Republik werden muss! Eine politische Utopie» im Jahr 2016 veröffentlicht. Was hat Sie dazu veranlasst?**

Der besondere Moment: Der Brexit hatte im Juni stattgefunden, Trump war Präsident der Vereinigten Staaten geworden, die erste grosse Migrationswelle war gerade in Europa angekommen, und – was oft vergessen wird – wir standen immer noch unter dem Schock der hauptsächlich in Südeuropa eingelösten Sparpolitik. Ausserdem traten damals die ersten Wellen des Populismus auf. Dieses Buch war seit dem 6. Mai 2015 in meinem Kopf, als ich auf der re:publica-Konferenz in Berlin eine Rede hielt. Von diesem Europa habe ich schon geträumt, als ich für Jacques Delors, ehemals Präsident der Europäischen Kommission, und für den deutschen christdemokratischen Parlamentarier Karl A. Lamers arbeitete. Auch, als ich im jungen Alter von 27 Jahren das Schäuble-Lamers-Papier über die EU-«Kerngruppe» schrieb, und sah, wie das politische Europa darob erblasste. Ich erlebte das als eine persönliche Enttäuschung. All dies führte mich nun dazu, dieses Buch zu schreiben.

**Kurz gesagt, woraus besteht Ihr Projekt für eine Europäische Republik?**

Die Idee basiert auf drei Grundgedanken. Beim ersten geht es um den blossen Begriff der Republik – er bedeutet, dass alle BürgerInnen vor dem Gesetz gleich sind.

Einige sagen, dies sei auf EU-Ebene bereits der Fall. Aber das trifft nicht zu: Beim Wahlrecht, beim Steuersystem und im Sozialschutz unterscheidet sich die Situation von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat. Allerdings sollten BürgerInnen gleichberechtigt sein, wenn eine politische Einheit im Sinne einer Republik entstehen soll. Nehmen wir die Schweiz: Ihre BürgerInnen werden gleichbehandelt. Es geht nicht um Nivellierung oder Zentralisierung, es ist einfach eine Frage der Gleichheit vor dem Gesetz. Der zweite Grundgedanke ist die Dekonstruktion der Nationalstaaten, wie wir sie heute kennen. Der Nationalstaat ist ein Produkt der neueren Geschichte. Um eine Europäische Republik zu gründen, müssten wir zu Formen der Identität zurückkehren, die älter, kulturbetonter und kleinräumiger sind. Ein solches Gefüge kleinerer Einheiten würde eine partizipativere Demokratie und eine grössere europäische Vielfalt ermöglichen und die derzeitige Dominanz grosser Staaten verringern. In gewisser Weise wäre dies eine «Helvetisierung» Europas.

Schliesslich besteht die dritte Idee im Aufbau eines europäischen Staates. Die EU ist weder eine Konföderation noch eine Föderation. Die Frage, wer entscheidet – also wer souverän ist – ist nicht gelöst. Das Beispiel des Vorgehens bei der Ankunft von Migrantenbooten im Mittelmeer ist am offensichtlichsten. Wenn wir die Frage der Entscheidungsbefugnis lösen wollen, ist



© Ulrike Guérot

es notwendig, einen Staat zu schaffen. Ein moderner Staat im heutigen Europa würde die Form einer Republik annehmen.

#### ***Und was ist mit dem Föderalismus?***

Der Föderalismus kann nur funktionieren, wenn er das republikanische Element ergänzt. Schauen Sie sich die Bundesrepublik Deutschland an, ein Bundesland: Es funktioniert, weil die BürgerInnen Deutschlands vor dem Gesetz gleich sind. Föderalismus allein kann nicht funktionieren. Ich bin mit der föderalistischen Bewegung vertraut und diskutiere gerne mit ihren VertreterInnen. Ich sage ihnen immer, dass sie die erste Säule sind – und dass die zweite jetzt gebaut werden muss.

#### ***Ursula von der Leyen, die neue Präsidentin der Europäischen Kommission, hat die Idee einer Konferenz zur Zukunft Europas aufgegriffen. Was halten Sie von diesem Projekt, das auch Emmanuel Macron teuer ist?***

Diese Idee ist nicht neu: Vor den Europawahlen gab es zum Beispiel diese Bürgerbefragungen in der ganzen EU. Noch nie zuvor haben BürgerInnen so viel über Europa diskutiert. Ich bin sehr für eine Konferenz über die Zukunft Europas, ausser dass es meiner Meinung nach jetzt schon an der Zeit ist, zu handeln. Ich bin für die Idee von Emmanuel Macron, aber bereits heute schwimmen wir in Daten darüber, was die BürgerInnen wollen - oder nicht. Uns fehlen jedoch zwei Dinge: erstens ein transnatio-

naler, horizontaler Dialog über die Grenzen der Mitgliedstaaten hinweg, und zweitens ein klares Ziel. Die letzten grossen Debatten über Europa drehten sich um Grossprojekte: den gemeinsamen Markt, die gemeinsame Währung und die Erweiterung. Wir haben uns zwei Jahrzehnte lang auf diese drei «Grossprojekte» konzentriert, die alle aus einem neuen Vertrag und einer Umsetzungsfrist bestanden. Sie strukturierten die Debatten und ermöglichten es den BürgerInnen, klar zu sehen, wohin die EU unterwegs war. Darüber hinaus hatten sie fassbare Auswirkungen auf den Alltag. Was es jetzt wieder braucht, ist ein Vertrag und eine Debatte, die auf ein klares und konkretes Projekt ausgerichtet sind.

In diesem Sinne schlage ich vor, dem Binnenmarkt und der einheitlichen Währung eine gemeinsame Demokratie hinzuzufügen. Wenn Demokratie die Gleichheit der BürgerInnen bedeutet, dann ist es notwendig, ein Symbol zu finden, das diese Gleichheit veranschaulicht. Mein Vorschlag wäre die Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer oder eines europäischen Personalausweises. Dies würde der Gemeinschaft einen normativen und damit rechtlichen Wert verleihen. Heute, egal wie oft wir über «europäische BürgerInnen» sprechen, habe ich noch immer meinen deutschen Pass und meine Söhne ihren französischen. Aus rechtlicher Sicht sind wir keine EU-BürgerInnen. Bei der Staatsbürgerschaft geht es darum, gleiche Rech-

“

«Die Zukunft Europas liegt in der Institutionalisierung der Solidarität.»



In ihrem neuen Buch «Was ist die Nation?», das Ende Oktober 2019 vom Steidl Verlag herausgegeben wurde, setzt sich Ulrike Guérot mit der 1923 von Marcel Mauss veröffentlichten Schrift «Die Nation oder Der Sinn fürs Soziale» auseinander. Mauss postuliert, dass eine Nation keine Entität, sondern eine Struktur institutionalisierter Solidarität ist. In ihrem Essay kommt Guérot damit auf den Begriff der Nation und seine verschiedenen Definitionen zurück. Wäre der Prozess der europäischen Integration nicht schon lange ein Prozess des nationalen Aufbaus gewesen? Ulrike Guérot entwickelt auch ihre Idee einer europäischen Republik weiter, indem sie sich für die Institutionalisierung der Solidarität einsetzt.

Ulrike Guérot – «Was ist die Nation?», Steidl Verlag, 2019, 160 Seiten



© Foto: re:publica/Jan Zappner (CC BY-SA 2.0)

Rede an der re:publica-Konferenz in Berlin am 6. Mai 2015

te zu haben und nicht nur gleiche Werte zu teilen.

***Auf welchem Weg wird es Ihrer Meinung nach möglich sein, die EU zu reformieren oder sogar neu zu gründen?***

Wir haben den Binnenmarkt, den Euro und die Erweiterung erreicht, weil diese drei Projekte wirtschaftlich von Vorteil waren. Aber Demokratie hat ihren Preis – damit verdient man nichts. Laut dem deutschen Philosophen und Soziologen Jürgen Habermas ist ihr Preis die Gleichheit der BürgerInnen. In einer Demokratie werden sie unabhängig von wirtschaftlichen Umständen gleich behandelt. Es ist das «trotzdem» – es hat einen Preis, also musst du es wollen. Zum ersten Mal verhandeln wir über ein europäisches Projekt, mit dem wirtschaftlich nichts gewonnen wird, das aber trotzdem seinen Preis hat. Der Populismus – vor allem im Norden – ist dagegen und widerspricht jeder Vorstellung von einer Transferunion. Auf diese Weise weigern wir uns, den Preis für eine europäische Demokratie zu zahlen. Dies wirft die Frage auf: Ist eine solche Reform machbar, oder wird das System explodieren? Kann eine gemeinsame Währung und ein gemeinsamer Markt ohne europäische Demokratie Bestand haben? Die Institutionalisierung der Solidarität in Europa und die Schaffung einer europäischen Bürgeridentität bringt Kosten, aber sie sind geringer als die Kos-

ten, die entstehen, wenn wir dies unterlassen. Der Brexit ist nur der Anfang eines Systemausfalls. Ich bin überzeugt, dass die Zukunft Europas in der institutionalisierten Solidarität liegt, d.h. in der Schaffung einer europäischen Nation als Republik.

***Was halten Sie von der Schweiz, die der europäischen Integration bisher ferngeblieben ist?***

Wenn ich die Schweiz und ihre BürgerInnen betrachte, kann ich nur hoffen, dass sie Teil der Europäischen Republik werden. Insbesondere um ihre Erfahrungen im Bereich der Demokratie einzubringen. Ich träume von einer Art «Helvetisierung» Europas und stelle mir ganz Europa als eine riesige Hochzeit vor, bei der jede Eingeladene etwas mitbringt – die Schweiz brächte die partizipative Demokratie.

***Was möchten Sie schliesslich der Leserschaft dieses Interviews mitteilen?***

Ich würde mich freuen, wenn die Schweizer an die Tür der EU klopfen und um Teilnahme bitten würden – mit dem Angebot, zur Demokratisierung ihrer Strukturen beizutragen. Die Union könnte von der Schweiz auch einiges lernen über dezentralen Staatsaufbau und die horizontale Zusammenarbeit der Gebietskörperschaften. Ein System kann sich durch äussere Impulse verändern. Wenn die Schweiz diese Rolle übernehme, wäre ich sehr engagiert dabei. ★

# Populisten und Bürokraten

Von **Niklaus Nuspliger**, Autor und Journalist

Als Ursula von der Leyen im September ihr Team präsentierte, stellte sie ihre EU-Kommission unter das Motto «Neuer Schwung für die Demokratie in Europa». Tatsächlich werden in den nächsten Jahren wichtige Weichen gestellt – mit Blick auf die Verteidigung rechtsstaatlicher Prinzipien in Europa, aber auch auf die Bemühungen, die demokratischen Institutionen ans digitale und partizipative Zeitalter anzupassen. Weltweit tobt ein Konkurrenzkampf zwischen autoritären und offenen Gesellschaftsmodellen. Sollen in Europa auch langfristig freiheitliche Verhältnisse herrschen, gilt es das Vertrauen in die Demokratie zu erneuern. Die Technokratisierung der Politik, populistische Volksentscheide und Wahlergebnisse, intransparentes Lobbying oder das institutionelle Dickicht der Europäischen Union haben die Demokratie in eine komplexe Glaubwürdigkeitskrise gestürzt. In meinem Buch identifiziere ich zwei gegensätzliche Gefahren für die Demokratie: Einerseits drohen populistische Parteien und Politiker mit autoritären Tendenzen vom Schlage eines Matteo Salvini oder eines Viktor Orban eine Diktatur der Mehrheit zu errichten, in der die demokratischen Spielregeln, die Gewaltentrennung und die Grundfreiheiten beschädigt und schleichend ausser Kraft gesetzt werden. Andererseits droht das politische Establishment aus Angst vor dem Populismus und im Glauben an objektive Wahrheiten und die Unfehlbarkeit neuer Datentechnologien eine Technokratie zu errichten, die die Bevölkerung entmachteter. Auf einer Europareise suche ich diverse Schauplätze europäischer Politik von Brüssel über Strassburg bis nach Budapest, Barcelona und Reykjavik auf. Ich spüre den Gründen der Demokratiekrise nach und suche nach Auswegen aus dem Dilemma zwischen der Populistendiktatur und der Bürokratenherrschaft. Entstanden sind dabei zehn Thesen zur Wahrung der Demokratie in Europa. Unter dem Titel «Mehr Nationalismus heisst weniger Demokratie» argumentiere ich, dass der Nationalismus selbst dann zu einem Abbau von Demokratie führt, wenn er keine autoritären Tendenzen aufweist. Zwar

kann die Rückverlagerung von Kompetenzen von internationalen Institutionen Macht an die nationalen Parlamente und Bevölkerungen zurückgeben. Doch mit dem Rückzug auf den Nationalstaat lösen sich die internationalen Abhängigkeiten und Interessenkonflikte nicht in Luft auf.

Unter dem Titel «Mehr europäische Demokratie muss mehr Bürgerbeteiligung heissen» lege ich dar, dass ein Gegenentwurf zu einem populistischen und einem technokratischen Europa über die Beteiligung an Wahlen alle fünf Jahre hinausreichen muss. Deliberative Bürgerversammlungen und direktdemokratische Instrumente können dazu beitragen, dass die EU von unten nach oben mitentwickelt wird. Im Sinne der Demokratisierung hat Ursula von der Leyen eine grosse Bürgerkonferenz zur Zukunft der EU angekündigt. Eine solche Veranstaltung kann jedoch nur zum Erfolg werden, wenn sie nicht zu einer Alibi-Übung verkommt und wenn die TeilnehmerInnen und Teilnehmer repräsentativ ausgewählt werden, damit auch kritische Stimmen zu Wort kommen.

Da die EU in der Grauzone zwischen einem losen Staatenbund und einem integrierten Bundesstaat feststeckt, lebt sie mit demokratiepolitisch unbefriedigenden Kompromissen. Solange die Mitgliedstaaten über die Zukunft der EU uneinig sind, könnte mehr Bürgerbeteiligung daher durchaus flexible Instrumente bieten, um die Kluft zwischen der Bevölkerung und Brüssel zu verkleinern. ★



«Europa zwischen Populisten-Diktatur und Bürokraten-Herrschaft» wurde im April 2019 von NZZ Libro herausgegeben. Gefährden Populismus und Fake News die europäischen Demokratien? Können demokratische Reformen und neue Formen der Partizipation hier Gegensteuer geben? Treffend analysiert Niklaus Nuspliger die Krise der Demokratie in Europa.

Niklaus Nuspliger: «Europa zwischen Populisten-Diktatur und Bürokraten-Herrschaft», NZZ Libro, 2019, 197 Seiten.



© Niklaus Nuspliger

## Niklaus Nuspliger

Niklaus Nuspliger ist 1980 in Bern geboren, er studierte Politikwissenschaften und Internationale Beziehungen in Genf, Madrid und Sydney. Als Journalist war er zunächst für die Berner Tageszeitung Der Bund tätig, bevor er 2007 in die Inlandredaktion der Neuen Zürcher Zeitung eintrat. Nach mehreren Jahren als Bundeshausredaktor in Bern und als Korrespondent in New York war er zwischen 2013 und Oktober 2019 während sechs Jahren politischer Korrespondent in Brüssel. Nach einer Auszeit wird er ab dem Frühling 2020 für die NZZ aus London berichten. Sein erstes Buch «Europa zwischen Populisten-Diktatur und Demokraten-Herrschaft» ist im April 2019 im Verlag NZZ Libro erschienen.



# Brüssel inside

Von **Toni Koller**, ehemaliger Journalist und Teilnehmer der Nebs-Reise nach Brüssel

**Würden sich genügend Nebs-Mitglieder finden, die die EU-Institutionen und ihr Umfeld in Brüssel etwas intimer kennenlernen wollen? Die Ausschreibung einer solchen Reise war erfolgreich – die Expedition selber auch.**

Möchten Sie auch an einer der bevorstehenden Reisen der Nebs nach Strassburg (Ende Januar 2020) oder Brüssel (Anfang September 2020) teilnehmen, um mehr über die europäischen Institutionen und ihre Umwelt zu erfahren? Für weitere Informationen oder um sich anzumelden, zögern Sie nicht, uns telefonisch unter 031 302 35 36 oder per E-Mail unter [info@europa.ch](mailto:info@europa.ch) zu kontaktieren.

Nächste Reisen der Nebs  
(noch definitiv zu bestätigen):

- Strassburg: 23.–24. Januar 2020
- Brüssel: 1.–4. September 2020



Fünfzehn europafreundliche Neugierige, darunter drei (Noch?-)Nicht-Nebs-Mitglieder, trafen sich nach individueller Anreise am vergangenen 2. September in der Lobby eines Brüsseler Hotels. Vor ihnen standen vier Tage mit einem dichten, von der Nebs umsichtig organisierten Programm. Es überschneidet sich teilweise mit jenem der Nebs-Jugendorganisation young european swiss | yes, die mit 30 Teilnehmenden ebenfalls in Brüssel unterwegs war. Die mehrheitlich im Senioren-Alter angekommenen Reisenden konnten sich damit auch mit jüngeren Schweizer EU-Interessierten austauschen – und sich über tatkräftigen Nachwuchs in der Nebs freuen.

## **Anspruchsvolles Programm**

Die Tage in Brüssel vermittelten uns Einsichten und Begegnungen, die für gewöhnliche Touristen nicht zu haben sind. Wir hörten die Vertreter der europäischen Nebs-»Schwesterorganisationen«, lernten mit Jean Russotto den ersten Schweizer Lobbyisten in Brüssel kennen, der seit 40 Jahren dort wirkt und die EU wie seine Westentasche kennt. Wir vernahmen die Ambitionen des jungen Damian Boeselager, der neu die linksliberale deutsche «Volt»-Partei im EU-Parlament vertritt, und wir erfuhren vom badischen CDU-Mann Andreas Schwab (dem neuen Vorsitzenden der «Schweiz-Delegation» im EU-Parlament), dass er bei aller Sympathie für die Schweiz schier verzweifelt, wie zögerlich sie die Verhandlungen zu einem Rahmenabkommen hinauszieht. In der Ständigen EU-Mission Österreichs hörten wir von den Vorzügen, die unser Nachbarland als Mitglied kennt. Wir staunten beim Besuch des Schweizer EFTA-Generalsekretärs Henri Gétaz darüber, dass diese Organisation kaum 90 Mitarbeitende zählt – nicht mehr als ein KMU. Mit dem European Policy Cen-

tre besuchten wir eine einflussreiche Brüsseler Denkfabrik, wir befragten die Leute vom Europäischen Gewerkschaftsbund zu ihrer strikten Haltung beim Lohnschutz, trafen Korrespondenten von Schweizer Medien zum Nachhaken... die Fülle von Eindrücken, ausgetauscht auf Französisch, Deutsch und Englisch, war enorm.

## **Wann weiss die Schweiz, was sie will?**

Zwei Begegnungen seien trotzdem noch hervorgehoben: Jene mit dem Schweizer EU-Botschafter Urs Bucher, der sich für das Zustandekommen eines institutionellen Abkommens mit der EU (von Amtes wegen?) durchaus optimistisch zeigte. Ganz anders Tilman Hengevoss, der als Vertreter der Zurich-Versicherung im Europäischen Versicherungsverband die Brancheninteressen gegenüber der EU wahrnimmt («Regulierung ist richtig – aber eine international tätige Firma wie Zurich braucht länderübergreifende Regeln.») Für den Rahmenvertrag sieht er eher schwarz. Aber Bucher wie Hengevoss betonten, wie wenig Verständnis es in «Brüssel» – zu Recht! – für das schweizerische Hinhalten gebe.

Ja, und schliesslich genossen wir Brüssel auch noch als Touristen. Besichtigten die prächtige Stadt per Bus, prosteten in typischen Bierlokalen, besuchten Museen, kauften kiloweise belgische Schokolade. Und überall entpuppte sich Nebs-Generalsekretär Raphaël Bez als versierter Reiseleiter. Merci – gerne wieder! ★

# Wir Europäer\*innen

Von **Raphaël Bez** und **Lukas Wegmüller**, Co-Generalsekretariat der Nebs

Sie wundern sich über die aktuelle Titelseite? Hier finden Sie die Antwort.

Unter dem Motto «Wir Europäer\*innen» startet die Nebs ihre Kampagne zu der für Mai 2020 geplanten Abstimmung über die Kündigungsinitiative der SVP. Im Anschluss an die Wahlen fordern wir zum Handeln auf, weil wir keine Zeit zu verlieren haben: Die wichtigste Abstimmung dieses Jahrzehnts steht bevor, und wir müssen uns für die Verteidigung einer offenen und europäischen Schweiz bereit machen.

Die Initiative gefährdet das gesamte Paket der bilateralen Abkommen I zwischen der Schweiz und der EU. Dies infolge der berühmten Guillotine-Klausel, welche eine Kettenreaktion auslösen würde. Damit steht vieles auf dem Spiel:

## Unsere Heimat

*Die Schweiz ist in Europa zu Hause, sei es historisch, geografisch, politisch, kulturell oder wirtschaftlich. Noch nie seit 1291 waren wir in Europa so gut vernetzt; noch nie hatten wir so gute Nachbarn wie heute. Unsere Zukunft ist in und mit Europa und steht auf dem Spiel.*

## Unsere Freiheit

*Dank der Personenfreizügigkeit können wir heute in Paris, Berlin oder irgendwo in der EU leben und arbeiten. Die Initiative würde diese Freiheit kappen. Wir würden uns einschliessen und unsere Möglichkeiten einschränken.*

## Unser Berufserfolg

*Die EU ist der grösste Binnenmarkt der Welt. In der Schweiz hängt jeder vierte Arbeitsplatz von der Öffnung der Grenzen zur EU ab. Gute Beziehungen zu ihr sind die Grundlage für unseren Wohlstand. Wenn die SVP-Initiative angenommen würde, gerieten viele kleine und mittlere Unternehmen in grosse Schwierigkeiten.*

## Unsere Liebe

*Das Liebesleben von Hunderttausenden von Schweizerinnen und Schweizern geht über die Grenzen unseres Landes hinaus. Heute können sie problemlos mit ihren EU-*

*PartnerInnen zusammenleben, sowohl in der Schweiz als auch in der EU. Die Initiative will uns auch diese Freiheit nehmen.*

## Unsere Forschung

*Als integraler Bestandteil der europäischen Forschungszentren hat sich die Forschung in der Schweiz zu einer der besten der Welt entwickelt. Die Kündigungsinitiative würde für die Schweizer Wissenschaft den Zugang zu Forschungsmitteln und weltweiten Prestigeprojekten, ihren Platz unter den Besten, einschränken und diese schwer schädigen.*

## Unser Studium

*Der Wert von Studienaufenthalten in Europa ist unbezahlbar – es werden Kontakte geknüpft, der Horizont erweitert, Sprachen erlernt und Wissen vertieft. Eine prosperierende, weltoffene Schweiz kann nur existieren, wenn junge Menschen internationale Erfahrungen sammeln können.*

Wir sind fest entschlossen, diese Initiative zu bekämpfen und an der Urne scheitern zu lassen, weil wir überzeugt sind von der Notwendigkeit, unsere Freiheit in Europa zu verteidigen. Die Kampagne «Wir Europäer\*innen» legt den Grundstein für eine positive Erzählung über Europa und will eine Gemeinschaft schaffen, die über die Mitgliedschaft der Nebs hinausgeht. Wir wollen junge Menschen, Betroffene und interessierte ProeuropäerInnen ansprechen und ins Boot holen. Aus diesem Grund wird die Kampagne hauptsächlich online und in den sozialen Netzwerken geführt werden. Diese Kampagne ist daher auch eine perfekte Gelegenheit für Sie, Mitglieder und SympathisantInnen, Ihre europäischen Überzeugungen mit Ihrem Umfeld zu teilen, Ihre Verwandten zu mobilisieren, zu diskutieren und sich mit jenen auszutauschen, die Sie täglich treffen. Unsere Kampagne braucht MultiplikatorInnen! Besuchen Sie die Seite **unser.europa.ch**, um mehr zu erfahren – treten Sie der Bewegung bei! Wir freuen uns auf Ihr Engagement und Ihre Unterstützung! ★

## Interesse an der Unterstützung der Nebs und ihren Aktivitäten?

Sie haben eine grosse Auswahl:

- **Werden Sie Mitglied:** Treten Sie einer unserer zehn Sektionen bei, die auf regionaler Ebene tätig sind (Mitgliederbeitrag: 100 Franken pro Jahr).
- **Beteiligen Sie sich an unseren Kampagnen:** Helfen Sie mit, die Kündigungsinitiative der SVP zu bodigen.
- **Unterstützen Sie unseren Kampagnenclub:** Werden Sie Mitglied im Nebs-Kampagnenclub (500 Franken pro Jahr, jährlicher Mitgliederbeitrag inbegriffen) und unterstützen Sie unsere Kampagnen!
- **Werden Sie aktiv auf Social Media:** Liken, retweeten, teilen Sie unsere Publikationen und erwecken Sie Facebook, Twitter, Youtube, LinkedIn und Instagram zum Leben!
- **Spenden Sie:** Unterstützen Sie uns mit einer Spende oder einem Vermächtnis – egal wie viel, jeder Franken ist uns kostbar – oder treten Sie unserem Gönnerclub mit einem Beitrag von 500 Franken pro Jahr (inklusive Jahresbeitrag) bei und nehmen Sie teil am jährlichen Gönnerclub-Anlass!

Weitere Informationen erhalten Sie auf unserer Website oder per E-Mail ([info@europa.ch](mailto:info@europa.ch)).

Vielen Dank im Voraus!

Postkonto: 30-9024-9

IBAN: CH14 0900 0000 3000 9024 9

Neue Europäische Bewegung

Schweiz, Scheibenstrasse 29,

PF 481, 3000 Bern 22

# Die Waadtländer Sektion, ein fruchtbarer Boden

Von **Chantal Tauxe**, Vizepräsidentin der Nebs Sektion Waadt



© Chantal Tauxe

Werden wir im nächsten Jahr das hundertjährige Jubiläum der Abstimmung über den Beitritt der Schweiz zum Völkerbund vom 16. Mai 1920 feiern? Die Abstimmung hatte Gründungscharakter; sie veranschaulicht, weshalb die französischsprachige Schweiz der europäischen Integration positiver gegenübersteht. Nach dem Ersten Weltkrieg, der damals als «der des ders» («dernière des dernières [guerres], zu deutsch «der Letzte der Letzten [Kriege]») wahrgenommen wurde, waren die Menschen begeistert vom universellen Friedensprojekt, das der amerikanische Präsident Wilson damals in vierzehn Punkte fasste. Die französischsprachigen Kantone stimmten deutlich für den Beitritt zum Völkerbund: 76% Ja im Wallis, 76,7% im Kanton Freiburg, 83% in Genf, 84,8% in Neuenburg und sogar 93,2% im Kanton Waadt! Auf nationaler Ebene stimmten 56,3% dem Vorhaben zu. Das Tessin, Bern und Graubünden spielten dabei eine entscheidende Rolle.

Im Wettbewerb mit Brüssel erhielt Genf den Sitz der neuen internationalen Organisation, dank guter persönlicher Beziehungen zwischen Präsident Wilson und Gustave Ador, dem Präsidenten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und Bundesrat. Die multilaterale Verankerung der Schweiz – trotz ihrer Neutralität und trotz der Wechselfälle des Völkerbunds – fusst darauf, genauso wie die Bestimmung der Genferseeregion als Drehscheibe der Diplomatie.

Die «weltoffenere» Haltung der Romands basiert aber auch auf weiteren Umständen: auf deren protestantischen und humanitären Traditionen, der Frankophilie, dem Einfluss gewisser Bundesräte und einer bestimmten, von Komplexen befreiten Minderheitenhaltung gegenüber der Macht. Für den Kanton Waadt ist zudem die Präsenz der «Stiftung Jean Monnet für Europa» in Lausanne zu erwähnen, die seit 1978 die Werte der europäischen Integration fördert, unabhängig von den Windungen der schweizerischen Aussenpolitik.

So bleibt der Boden der Westschweiz und insbesondere der Waadt für die Pro-EuropäerInnen langfristig fruchtbar. Man kann davon ausgehen, dass die Meinungsumfragen in die Irre führen: Sie konzentrieren sich auf die bilateralen Verträge und machen den Beitritt zur Europäischen Union zu einer Option, die eine Zustimmung zum Rahmenabkommen ausschliesst. Wetten wir: Wenn das Rahmenabkommen scheitern sollte und der Beitritt de facto wieder zur einzigen Alternative zum von der SVP befürworteten nationalistischen Rückzug wird, wird die Flamme der Romandes und Romands für den Beitritt schnell wieder aufflackern. Der Seifenoper um die Bilateralen zum Trotz.

Die waadtländische Sektion der Nebs ist sich dieser langen Geschichte bewusst und arbeitet daran. Sie fördert die Sensibilisierungsarbeit im Netz. Sie organisiert bis sechsmal jährlich Mittagessen, bei denen waadtländische oder gesamtschweizerische Persönlichkeiten zu ihren europäischen Überzeugungen und/oder zu ihren Expertisen über die EU befragt werden.

Neben den rund 300 Mitgliedern der Sektion stehen diese Treffen auch Nichtmitgliedern offen. Durch die Zusammenarbeit mit der Jean-Monnet-Stiftung profitiert die Sektion auch von deren Netzwerk. Zu den kürzlichen Referenten gehören die Rektorin der Universität Lausanne, Nouria Hernandez, Professor Etienne Piguet, ein Migrationspezialist, oder Christophe Reymond, Direktor des Arbeitgeberverbandes.

Einmal im Jahr organisiert die Nebs-Waadt zudem ein Forum, welches den Aktivisten die Möglichkeit gibt, ein komplexes Thema zu vertiefen und Argumente zu schmieden, um mit Nachdruck an der öffentlichen Debatte teilzunehmen. In diesem Frühjahr analysierten zwei Populismusexperten das Phänomen, welche das Wahljahr prägte, sowohl auf europäischer als auch auf nationaler Ebene. ★

# Über Europa informieren, statt es totsichweigen

Von **Noemi Steiner**, Generalsekretärin der young european swiss | yes

Im Juni dieses Jahres bin ich als Generalsekretärin zur yes gestossen und hatte das Glück, die administrative Leitung einer gut funktionierenden Jugendorganisation zu übernehmen. Als einzige proeuropäische Stimme der Schweizer Jugend hat die yes keinen einfachen Stand in Zeiten, in denen die meisten politischen Akteure das Thema Europa lieber nicht ansprechen – aus Angst, damit der grössten Schweizer Partei in die Hände zu spielen. Dabei wäre es gerade jetzt wichtig, über unsere Beziehungen zur EU zu sprechen. Im nächsten Jahr droht die Nicht-Aktualisierung des Abkommens über den Abbau technischer Handelshemmnisse. Davon wäre in erster Linie die Schweizer Medizintechnik-Branche betroffen – und ihre rund 54 500 Mitarbeiter (Luzerner Zeitung vom 21.07.2019).

Vielen jungen SchweizerInnen ist nicht bewusst, wie konkret sich eine Verschlechterung der Beziehungen zur EU auf unseren Alltag auswirkt. Deshalb hat es sich die yes zum Ziel gesetzt, die europäischen Institutionen bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen bekannter zu machen. Dass dieses Ziel auf verschiedenste Weisen erreicht werden kann, zeigt die Diversität der Aktivitäten der yes.

Im Rahmen unseres grössten Projekts, des Challenge Europe, sind wir im September mit rund 30 Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach Strassburg und Brüssel gefahren. Die Teilnehmenden der Studienreise konnten sich so vor Ort selber ein Bild der europäischen Institutionen machen; Institutionen, welche zwar einen grossen Einfluss auf unseren Alltag haben, die viele SchweizerInnen aber nur aus den Medien kennen. Doch es muss nicht immer gleich eine mehrtägige Auslandsreise sein. Die yes nutzt auch andere Gelegenheiten, um mit jungen SchweizerInnen über Europa zu diskutieren. So fand sich zum Beispiel ein Informationsstand der yes an den Erstsemestrigentagen der Universitäten Zürich und Bern oder an der Eidgenössischen Jugendsession.

Dank unserer guten Vernetzung und der Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen hat die yes auch die Möglichkeit, bei internationalen Veranstaltungen mitzuwirken. So finden vom 29. November bis zum 1. Dezember 2019 die Strassburger Gespräche zum Thema «Europa neu denken – aus Sicht seiner Regionen» statt. Dieser tri-nationale Anlass wird von der yes zusammen mit den Jungen Europäischen Föderalisten Strassburg und Freiburg in Strassburg durchgeführt. Während den drei Tagen können die rund 80 Teilnehmer von verschiedensten Aktivitäten profitieren. So finden neben interkulturellen Abendessen oder einer Stadtführung in Strassburg verschiedene Workshops und Ateliers statt. Die Schweiz hat dank einer langen Tradition des Föderalismus besonders viel zur Thematik der Regionen beizutragen, deshalb wird die yes einen Workshop leiten. Die Strassburger Gespräche sind also eine ideale Möglichkeit für junge SchweizerInnen, sich mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der anderen Seite der Grenze zu unterhalten, über Europa zu diskutieren und zu erfahren, wie die Schweiz das Europa der Zukunft mitformen könnte.

Durch Information und Bildung können Missverständnisse aufgeklärt und Vorurteile abgebaut werden. Mit den beschriebenen Projekten versucht die yes, das zu tun, was viele PolitikerInnen tunlichst zu vermeiden versuchen: über Europa reden! ★



© Noemi Steiner



**Deviens membre de la yes !**  
Retrouve toutes les  
informations sur le site  
Internet [www.y-e-s.ch](http://www.y-e-s.ch)

# Dieser SVP-Historiker ist im Jahr 1957 kleben geblieben



**«Das EU-Parlament ist eine kompetenzlose Schwatzbude!»**

**«Das EU-Parlament nennt sich zwar Parlament, aber es hat selber gar nicht die Kompetenz, Gesetze zu beschliessen. Sie dürfen reden und reden und dann Empfehlungen abgeben. Die Macht liegt aber bei der EU-Kommission ... und richtig geraten: Die Mitglieder dieser Kommission werden nicht gewählt, sondern von den Regierungen bestimmt.»**

*SVP-Nationalrat Peter Keller auf seiner Website [kellerpeter.ch](http://kellerpeter.ch), Rubrik «Wochenbuch», 27. Mai 2019*



**1** Nationalrat Peter Keller verbreitet mit seiner süffisanten Abqualifizierung des Europäischen Parlaments Fake News: Seine Darstellung ist inhaltlich falsch – darauf kommen wir gleich zurück. Vorweg aber dies: Wie alle Verächter dieses Parlaments vor ihm urteilt er grundsätzlich unfair. Die EU ist nun einmal kein Staat, sondern ein freiwilliger Zusammenschluss vollsuveräner Staaten. In ihrer inneren Organisation muss sie also zwingend die parlamentarisch-demokratische und die föderalistische Entscheidungsfindung als gleichberechtigte Grössen miteinander versöhnen. Das EU-Parlament kann gar nicht der allein entscheidende Gesetzgeber sein, da ja sonst die Mitgliedstaaten ihrer Souveränität beraubt würden.

**2** Im Rahmen dieser grundsätzlichen Beschränkung aber hat sich die Rechtsstellung und das Einflusspotential des Parlaments seit dessen Schaffung im Jahr 1957 (mit Vorläufer sogar 1952) ganz gewaltig verbessert. Am Anfang war es das zahnlose Konsultationsorgan, auf das Kellers Formulierung zutrifft: «Sie dürfen reden und reden und dann Empfehlungen abgeben.» Doch Historiker Keller ist 1957 kleben geblieben: In den EU-Reformen von Maast-

richt (1992), Amsterdam (1997), Nizza (2001) und Lissabon (2007) wurde die Position des Parlaments in den Bereichen Gesetzgebung, Budgethoheit und parlamentarische Kontrollfunktion Schritt für Schritt ausgebaut.

**3** Heute gilt es als «ordentliches Gesetzgebungsverfahren», dass sowohl der Ministerrat (die Regierungsvertreter der Mitgliedstaaten) als auch das Parlament die von der Europäischen Kommission ausgearbeiteten Gesetzesvorlagen (Richtlinien, Verordnungen usw.) behandeln, mit Abänderungsanträgen beeinflussen, im Konfliktfall harmonisieren und dann annehmen oder ablehnen; dabei braucht es zwingend die Zustimmung beider Gremien. Das Parlament ist also, entgegen Kellers Meinung, voll (mit)entscheidend. Dieses Verfahren gilt für die ganz grosse Mehrheit politischer Themen; etwas geringere Mitentscheidungsrechte hat das Parlament nur noch in der Wettbewerbs- und der Handelspolitik, wobei es bei letzterer durchaus die Kompetenz hat, zum Beispiel Freihandels- oder Wirtschaftsabkommen mit Drittstaaten zu beeinflussen und im Extremfall sogar abzulehnen.

**4** Ausserdem braucht das EU-Budget die Zustimmung des Parlaments; dieses übt die parlamentarische Kontrolle über die Europäische Kommission und den Europäischen Rat aus mittels Untersuchungsausschüssen und, in schwerwiegenden Fällen, sogar Klagen beim Europäischen Gerichtshof; es wählt den Präsidenten/die Präsidentin der Kommission und genehmigt (oder verwirft) die Liste der Kommissionsmitglieder; es könnte theoretisch (allerdings mit recht hohen Hürden) in einem Konfliktfall sogar die ganze Kommission per Misstrauensabstimmung zum Rücktritt zwingen. Sieht so eine kompetenzlose Schwatzbude aus? (sp) ★



### Der Klimawandel macht mehr Sorgen

Zum zweiten Mal (nach 2017) erforschte der «Eurobarometer» EU-weit die Einstellungen zum Klimawandel. Eines der Hauptergebnisse: Die Sorgen sind deutlich gestiegen. 93% erkennen darin ein «ernsthafte Problem»; 79% (2017: 74%) ein «sehr ernstes Problem»; 60% (2017: 53%) «eines der grössten Weltprobleme»; 23% (2017: 11%) sogar «das grösste aktuelle Weltproblem». «Eurobarometer» stellte auch mehr Akzeptanz für nationale und gemeinschaftliche Klima-Massnahmen fest. (sp) ★

### Die ersten 17 «Europäischen Hochschulen»

2017 wurde beschlossen, thematische Allianzen von Hochschuleinrichtungen aus verschiedenen EU-Ländern als förderungsberechtigte «Europäische Hochschulen» zu zertifizieren. 54 Allianzen aus mehr als 300 Schulen bewarben sich darum. Jetzt wurden die ersten 17 Allianzen mit 114 Hochschulen aus 24 EU-Ländern anerkannt. Für sie stehen für die nächsten Jahre 85 Millionen € an Fördermitteln zur Verfügung. Die Initiative ist Teil der Vision eines «Europäischen Bildungsraums». (sp) ★

### Geografie des Markenbetrugs

Im Rahmen der Zollunion haben Zollbeamte im EU-Raum 2018 bei Einfuhrkontrollen etwa 27 Millionen Artikel als gefälschte und zum Teil potentiell gefährliche Markenprodukte beschlagnahmt; der Marktwert wird auf 740 Millionen € geschätzt. Der Hauptanteil der «Markenprodukte» kommt nach wie vor aus China – aber es gibt auch andere «Spezialisten»: Gefälschter Schnaps kommt aus Nordmazedonien, Zigaretten aus Kambodscha, Parfüms und Kosmetika aus der Türkei, Computerteile aus Indien. (sp) ★



#### Herausgeber

Neue Europäische Bewegung Schweiz (Nebs)

#### Redaktion

Raphaël Bez, Febe Tognina, Lukas Wegmüller, Samuel Huber, europa.ch, Postfach 481, 3000 Bern 22, Tel. 031 302 35 36, info@europa.ch

#### AutorInnen

Raphaël Bez, Damian Boeselager, Dominik Gerber, Niklaus Nuspliger, Isabelle Ory, Laura Sadis, Charlotte Sieber-Gasser, Sebastian Speich (sp), Noemi Steiner, Chantal Tauxe, Lukas Wegmüller

#### Übersetzungen und Korrektorat

Raphaël Bez, Samuel Huber, Toni Koller, Pierre Alain Seiler, Febe Tognina, Lukas Wegmüller

#### Konzept

Nicolas Peter

#### Druck

Stämpfli SA, Berne

#### Auflage

2700 dt., 1700 fr.

#### Titelseite

Karin Gugger (Layout), Nebs-Nomes (Logos)

#### Postkonto

30-9024-9. Sind Sie daran interessiert, in einer der nächsten Ausgaben von europa.ch zu inserieren oder zu schreiben, wenden Sie sich bitte ans Sekretariat unter info@europa.ch.

## SURFER

### Auf jede EU-Frage eine rasche kompetente Antwort

Die «Kurzdarstellungen zur Europäischen Union», die das Parlament online anbietet, sind die schnellste und kompetenteste «Auskunftei» für (fast) jede EU-Frage. Sie sind in fünf Themenbereichen gruppiert, umfassen aber insgesamt Dutzende von kompakten Sachartikeln. Sie sind seltsamerweise ein bisschen versteckt, lassen sich aber so leicht finden: Hauptseite des Europäischen Parlaments aufrufen, ganz nach unten scrollen, Link «Vollständige Liste der Websites» anklicken, dort die «Kurzdarstellungen» aufrufen. Der kleine Umweg lohnt sich. (sp)

<https://www.europarl.europa.eu/factsheets/de/home>

### Hören Sie mal Maltesisch oder Estnisch sprechen!

Ein Kulturerlebnis der besonderen Art: Durch das EU-Portal erreicht man eine Seite mit interessanten Informationen über die Sprachen im EU-Raum – und mit der Möglichkeit, einen zusammenhängenden, in durchschnittlich anderthalb Minuten vorgelesenen Text in allen 24 Amtssprachen der EU anzuhören. So erreicht man die Seite: Portal europa.eu aufrufen, Deutsch als Sprache wählen, Link «Über die EU» anklicken, «Grundlegende Informationen über die Europäische Union» wählen, Link «EU-Sprachen» anklicken. (sp)

[https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-languages\\_de](https://europa.eu/european-union/about-eu/eu-languages_de)



**Simplex 3D.** Drehstuhl mit dreidimensionaler Beweglichkeit – multifunktional und universell einsetzbar. Design: Greutmann Bolzern

